

6. Bildung & Wissen global betrachtet

Der Zugang zu Wissen, Informationen und Bildungsmöglichkeiten ist ein fundamentales Menschenrecht, das es weltweit zu schützen gilt.

Dabei ist eine Stärkung der Öffentlichkeit für frei verfügbares Wissen, auch in Hinblick auf die Überwindung der digitalen Kluft, unerlässlich. Es darf keine Patente auf Logik geben.

Die Verwendung von freier Software ist obligatorisch, um die Abhängigkeit von Monopolisten zu verhindern und die Neutralität des Bildungswesen zu wahren. Desweiteren fordert die GRÜNE JUGEND, dass in den staatlichen Bildungsinstitutionen ausschließlich offene Standards verwendet werden, um die Transparenz der Infrastruktur zu gewährleisten.

Denn so kann durch die Anwendung Neuer Medien im Unterricht die Medienkompetenz der zukünftigen Generation garantiert werden.

Universitäten in Deutschland müssen verstärkt mit Hochschulen in Entwicklungsländern kooperieren. Das Angebot für ausländische StudentInnen an deutschen Hochschulen muss weiter ausgebaut werden. Wissenschaftliche Texte und Publikationen wie auch Vorlesungsmaterialien, die aus staatlichen Mitteln gefördert werden, sind unter einer offenen Lizenz der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere in den Entwicklungsländern ist der Zugang zu Informationsstrukturen und Bildung essentiell wichtig. Die GRÜNE JUGEND fordert die internationale Staatengemeinschaft auf, ihre Entwicklungsprogramme auszubauen und endlich mehr Geld für Entwicklungs-, humanitäre Hilfe, IT-Infrastruktur und besonders für Bildung bereitzustellen. Neben Nahrung, Trinkwasser, Medizin und Kleidung ist die Bereitstellung von Schulen und sonstigen Bildungsmöglichkeiten als wichtiger Schwerpunkt zu fördern.

Die GRÜNE JUGEND fordert im Rahmen der Internationalisierung der Bildungssysteme eine Erleichterung der Mobilität von Lehrenden, Lernenden und Forschenden, die Erleichterung und erhöhte Transparenz bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und Studienleistungen sowie die Erleichterung und Öffnung des Zugangs zu Bildung.

Mobilität muss durch eine europaweite elternunabhängige Ausbildungsförderung unabhängig von sozialer Herkunft und finanziellen Möglichkeiten für alle möglich sein. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, vor allem das Aufenthalts- und Arbeitsrecht, müssen- z.B. durch das Zuwanderungsgesetz - deutlich liberalisiert werden.

Der "Bologna-Prozess" ist zur Erreichung dieser Ziele der richtige Gestaltungsrahmen. konstruktiv und kritisch begleiten. Die Einführung gestufter Studiengänge (Bachelor und Master) und eines am Arbeitsaufwand orientierten Kreditpunktesystem dürfen nicht hinter den verschlossenen Türen von KMK, BMBF und HRK beschlossen werden. Wir fordern mehr Transparenz bei den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Das heißt, es müssen VertreterInnen aller Statusgruppen (Studierende, Lehrende und Mitarbeiter), Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen, VertreterInnen der Arbeitgeber und Gewerkschaften an diesen Prozessen aktiv beteiligt werden.

Einer Kommerzialisierung von Bildung stehen wir kritisch gegenüber und lehnen deshalb weitere Liberalisierungsverpflichtungen im Rahmen der WTO/GATS-Verhandlungen ab. Der Zugang zu Bildung würde damit für sozial Benachteiligte erheblich erschwert.

Die GRÜNE JUGEND hält einen weltweiten Dachverband für den Austausch von SchülerInnen und StudentInnen für sinnvoll, der sich insbesondere für die Förderung von Austauschprogrammen für sozial und finanziell Schwächere einsetzt. Alle SchülerInnen und StudentInnen müssen das Recht auf mindestens ein Jahr/zwei Semester Auslandsaufenthalt bekommen, wobei es keine Verpflichtung zum Gang ins Ausland geben sollte. Wir wollen, dass internationale Freiwilligendienste besser ausfinanziert werden, damit freiwilliges Engagement junger Menschen grenzenlos ist.